



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 28.06.2024 bis 05.07.2024

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

Arabische Liga: Hisbollah keine Terrorgruppe mehr	4
Deutschland: "Der Fall Latzel" wieder vor Gericht	5
Deutschland: EM-Menschenrechtler protestieren gegen Zeigen des Wolfsgrußes	6
Deutschland: Professoren protestieren gegen Antisemitismus an Hochschulen	7
Deutschland: Ruanda-Botschafter-Unsere Menschlichkeit wiederhergestellt	8
Deutschland: „Fatales Signal der Abschottung und des Egoismus“	9
Estland: Christliche Radiosendungen kommen an	10
Indien: Christin von Hindu-Verwandten brutal ermordet	11
Israel: Kaja Kallas soll neue EU-Außenbeauftragte werden	12
Israel: Protest gegen Wehrpflicht	13
Kolumbien: «Meine Frau wurde entführt!»	14
Kuwait: "Wir werden an unserem Glauben festhalten"	15
Laos: Sechs Christen bei Gebetstreffen verhaftet	16
Laos: Sechs Christen verhaftet	17
Nepal: Hindu-Extremisten überfallen Gottesdienst	19
Nicaragua: Neuer Bericht über Religionsfreiheit deckt die Verfolgung von Christen auf	20
Nigeria: Islamische Terroristen drohen mit der Ermordung entführter Geistlicher	21
Nigeria: Selbstmordattentate in Gwoza	23
Nigeria: Von Terroristen entführter Geistlicher bittet um Hilfe inmitten einer Flut von Entführungen	24
Pakistan: Anti-Terror-Gericht verurteilt Christen zum Tode	25
Pakistan: Gefangener des Monats Juli 2024	26
Pakistan: Junger Christ seit fünf Jahren in Haft	28
Pakistan: Junger Christ zum Tode verurteilt	29
Pakistan: Nach Gewalt gegen muslimische Ahmadiyya-Gemeinschaft	30
Russland: Zwei ukrainische Geistliche freigelassen	31
Schweiz: Nationalspieler widmet sein Tor Jesus Christus	32
Sudan: Humanitäre Lage spitzt sich zu	33
Türkei: Türkischer Flughafen verweigert Auftanken israelischer Maschine	34
Uganda: Pastor in Uganda auf dem Heimweg von der Kirche getötet	35
Uganda: Phänomen des Menschenhandels	36
Uganda: Zwei Evangelisten verprügelt	37

Arabische Liga: Hisbollah keine Terrorgruppe mehr

Von (Israelnetz 1. Juli 2024) Die Arabische Liga stuft die Hisbollah nicht mehr als Terror-Organisation ein. Das erklärte ihr stellvertretender Generalsekretär Hossam Saki am Samstag. Die Liga behandelte die vom Iran abhängige schiitisch-islamistische Miliz im Libanon seit 2016 als Terrorgruppe. Offiziell bestanden keine Beziehungen. Nun wurde dieser Beschluss rückgängig gemacht. Die Entscheidung erfolgt, während ein offener Krieg der Terrormiliz im Südlibanon gegen Israel immer wahrscheinlicher wird. Einzelne Staaten der Liga wie Saudi-Arabien behalten die Einstufung aber bei. (cs)

Deutschland: "Der Fall Latzel" wieder vor Gericht

Termine für erneute Verhandlung stehen fest.

Bremen (IDEA) – Das erneute Berufungsverfahren wegen des Vorwurfs der Volksverhetzung gegen den Pastor der Bremer St.-Martini-Gemeinde, Olaf Latzel, startet am 28. August. Das erklärte die stellvertretende Pressesprecherin des Landgerichts Bremen, Richterin Henrike Kull, gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Zuständig ist eine kleine Strafkammer, die mit einer Berufsrichterin und zwei ehrenamtlichen Schöffen besetzt ist. Sie hat insgesamt vier Verhandlungstage angesetzt. Die weiteren Termine sind am 3., 6. und 10. September. Der Fall wird neu verhandelt, weil das Oberlandesgericht Bremen am 23. Februar 2023 den Freispruch des [Landgerichts Bremen](#) aufgehoben hatte. Das Landgericht hatte den Pastor am 20. Mai 2022 vom Vorwurf der Volksverhetzung [freigesprochen](#). Damit war das erstinstanzliche Urteil gegen Latzel gekippt worden. Darin hatte ihn das Amtsgericht Bremen ihn am 25. November 2020 wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 8.100 Euro (90 Tagessätze) [verurteilt](#). Grund für die Verurteilung durch das Amtsgericht waren Aussagen des Pastors in einem Eheseminar seiner Gemeinde im Oktober 2019. Es wurde im März 2020 als Audiodatei auf YouTube veröffentlicht. Darin hatte er u.a. Homosexualität als eine „Degenerationsform der Gesellschaft“ bezeichnet und gesagt: „Diese Homolobby, dieses Teuflische kommt immer stärker, immer massiver, drängt sich immer mehr hinein.“ Außerdem hatte er geäußert: „Überall laufen diese Verbrecher herum vom Christopher Street Day.“ Latzel entschuldigte sich später für die Aussagen und löschte die Aufzeichnung im Internet.

Deutschland: EM-Menschenrechtler protestieren gegen Zeigen des Wolfsgrußes

Türkischer Nationalspieler grüßte Zuschauer mit der rechtsextrem Geste

Göttingen (IDEA) – Die Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) hat verurteilt, dass der türkische Nationalspieler Merih Demiral am 2. Juli beim EM-Achtelfinalspiel gegen Österreich den rechtsextremen Wolfsgruß gezeigt hat. Dieser Gruß ist das Zeichen türkischer Ultranationalisten, der „Grauen Wölfe“. Sie gelten als größte rechtsextreme Organisation in Deutschland. Doppeltorschütze Demiral sagte nach dem Spiel (2:1 für die Türkei), er habe im Stadion Menschen gesehen, die den Wolfsgruß gezeigt hätten. Es werde „hoffentlich noch mehr Gelegenheiten geben, diese Geste zu zeigen“. Die Menschenrechtsorganisation forderte die Union der Europäischen Fußballverbände (UEFA) auf, das Zeigen des Wolfsgrußes bei EM-Spielen durch Fans und insbesondere durch Nationalspieler nicht länger zu dulden. Die UEFA hat am 3. Juli ein Untersuchungsverfahren gegen Demiral wegen der Geste eingeleitet. Die Gesellschaft für bedrohte Völker nannte es einen „absoluten Skandal“, den Wolfsgruß am Jahrestag des Sivas-Massakers zu zeigen. Am 2. Juli 1993 hatte ein islamistischer Mob im zentralanatolischen Sivas ein Hotel in Brand gesteckt. Dabei starben 35 Menschen, davon waren 33 alevitischer Herkunft. Den Wolfsgruß zeigten Fanatiker auch bei dem Massaker. Der Nahostreferent der Gesellschaft für bedrohte Völker, Kamal Sido, forderte Demiral auf, sich bei den Millionen Aleviten zu entschuldigen, „für die der Wolfsgruß ein Symbol der Unterdrückung und Verfolgung ist“. Der Menschenrechtler appellierte ferner an die türkische Nationalmannschaft, sich öffentlich vom Zeigen des rechtsextremen Symbols zu distanzieren.

Deutschland: Professoren protestieren gegen Antisemitismus an Hochschulen

Über 70 Hochschullehrer haben ein gemeinsames Statement veröffentlicht

Berlin/Göttingen/Leipzig (IDEA) – Über 70 Professoren protestieren in einem gemeinsamen Statement gegen Antisemitismus an deutschen Hochschulen. Es wurde auf der Internetseite [profs-against-antisemitism.de](https://www.profs-against-antisemitism.de) veröffentlicht. In dem Text heißt es, die Unterzeichner stellten sich „ohne Wenn und Aber“ vor jüdische Studenten und Hochschulmitarbeiter. „Wir verurteilen antisemitische Ausgrenzung, das Verwenden von Terror-Symbolen, die Infragestellung des Existenzrechts Israels, jegliche Form von Gewalt und Verwüstungen in Universitätsgebäuden aufs Schärfste.“ Judenhasse müsse an Hochschulen und Forschungseinrichtungen „geächtet und geahndet“ werden. Weiter heißt es in dem Statement, die Unterzeichner beobachteten mit großer Sorge die Entwicklung zum Boykott israelischer Universitäten und zur Ausgrenzung von israelischen Wissenschaftlern im Wissenschaftsbetrieb. „Wir stellen uns klar gegen diese Formen der Ausgrenzung und setzen uns weiterhin für die Zusammenarbeit mit Kolleginnen und Kollegen an israelischen Universitäten oder Forschenden mit israelischer Staatsangehörigkeit ein.“ Zu den Erstunterzeichnern gehören die evangelischen Theologieprofessoren Christoph Marksches (Berlin), Reinhard G. Kratz (Göttingen) und Alexander Deeg (Leipzig). Weitere prominente Erstunterzeichner sind u.a. der Soziologe Ruud Koopmans (Berlin), der Politikwissenschaftler Carlo Masala (München) und der Historiker Sönke Neitzel (Potsdam). Weitere Unterstützer sind u.a. die evangelischen Theologieprofessoren Peter Dabrock, Anselm Schubert, Oda Wischmeyer (alle Erlangen-Nürnberg), Holger Strutwolf, Eve-Marie Becker (beide Münster), Anselm C. Hagedorn (Osnabrück), Wolfram Kinzig (Bonn), Marco Frenschkowski, Klaus Fitschen (beide Leipzig), Jörg Frey (Zürich), Martin Rösel (Rostock), Martin Hailer (Heidelberg), Tim Lorentzen, Christiane Zimmermann (beide Kiel), Christopher Spehr, Ulrike Witten und Martin Wallraff (alle München).

Deutschland: Ruanda-Botschafter-Unsere Menschlichkeit wiederhergestellt

28. Internationales Gebetsfrühstück in Berlin erinnerte an Völkermord vor 30 Jahren

Berlin (IDEA) – An den Völkermord der Hutu an den Tutsi hat der Botschafter der Republik Ruanda in Deutschland, Igor César, erinnert. Er sprach bei der 28. Internationalen Begegnung in Berlin (IBB), die vom 27. bis 29. Juni stattfindet. Sie gilt als Nationales Gebetsfrühstück in Deutschland. Unter dem Motto „Verantwortung vor Gott und den Menschen – Selig sind, die Frieden stiften“ nehmen rund 250 Politiker, Diplomaten, Kirchenvertreter und Führungskräfte teil. In Ruanda töteten 1994 Angehörige des Volkes der Hutu innerhalb von drei Monaten über eine Million Angehörige des Volkes der Tutsi. Bei dem Völkermord kamen etwa zehn Prozent der Bevölkerung Ruandas ums Leben. Dies sei „eine der schlimmsten Grausamkeiten des 20. Jahrhunderts“, so César: „Wir haben das Schlimmste am Menschen gesehen.“ Ruanda sei eine Warnung an die ganze Welt, aber auch ein Zeichen der Hoffnung. Glaube und Vergebung hätten dabei geholfen, Frieden zu erreichen und das Land zu einen. César: „Wir haben unsere Menschlichkeit wiederhergestellt.“

Bundestagsvizepräsidentin Özoguz: Das Verbindende suchen

Bundestagsvizepräsidentin Aydan Özoguz (SPD) rief dazu auf, mehr nach dem Verbindenden und weniger nach dem Trennenden zu suchen. Die Tage der Begegnung dienen dazu, nachdenklich zu sein und neue Gedanken zu fassen. Es sei großartig, dass bei der IBB über Religionsgrenzen hinweg Unterschiede bearbeitet würden und das Treffen so zum Frieden beitrage. Nach den Worten des CDU-Bundestagsabgeordneten Volkmar Klein dienen die Tage der Begegnung dazu, über Partei-, Länder- und Glaubensgrenzen hinweg Frieden zu stiften. Was beim Menschen unmöglich ist, sei mit Gott möglich. Mit Gott könnten menschliche Grenzen gesprengt werden.

Woran der leidende Menschensohn erinnert

Laut dem Bundestagsabgeordneten Thomas Rachel (CDU) erinnert der leidende Menschensohn Jesus Christus an das Leiden der Armen und Machtlosen. Wer den Geist der Nächstenliebe verinnerliche, könne für Versöhnung werben und Frieden stiften. Rachel gehört zum Einladungskreis des Gebetsfrühstücks im Deutschen Bundestag. Die aus den USA stammende Gebetsfrühstücksbewegung gibt es in mehr als 180 Staaten. Der frühere baden-württembergische Landtagsabgeordnete Rudolf Decker (CDU) holte die Idee 1979 zusammen mit dem Verleger Friedrich Hänsler (1927–2019) nach Deutschland. Gebetstreffen gibt es im Bundestag sowie in acht Landtagen.

Deutschland: „Fatales Signal der Abschottung und des Egoismus“

Forderung: Geplante Kürzungen bei Entwicklungszusammenarbeit zurücknehmen

Konstanz/Berlin (IDEA) – Die christliche Menschenrechtsorganisation Hoffnungszeichen (Konstanz) hat vor Kürzungen in der Entwicklungszusammenarbeit und Humanitären Hilfe gewarnt. Die Bundesregierung plant Einsparungen in Höhe von 1,6 Milliarden Euro für 2025 in diesem Bereich. Hoffnungszeichen unterstützt einen Appell von 57 Organisationen, die geplanten Kürzungen zurückzunehmen. Diese Einsparungen würden „ein fatales Signal der Abschottung und des Egoismus“ senden, heißt es in dem Appell. Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe seien Investitionen in Stabilität und Sicherheit. Der Erste Vorstand von Hoffnungszeichen, Klaus Stieglitz, erklärte am 2. Juli: „Ohne globale Solidarität können wir die großen Krisen unserer Zeit nicht bewältigen.“ Nichtregierungsorganisationen wie Hoffnungszeichen stünden für die praktische Umsetzung gelebter weltweiter Solidarität. Den Aufruf an die Bundesregierung unterzeichneten ferner unter anderen Vertreter von „Brot für die Welt“, der Johanniter-Auslandshilfe, der Kindernothilfe und von humedica.

Estland: Christliche Radiosendungen kommen an

(Alexej Müller/ Narva von Licht im Osten) berichtet: „Wir freuen uns über unsere aktive Jugend. Sie kümmert sich um den musikalischen Teil bei unseren Gemeinde-Veranstaltungen.

Im Sommer finden Freizeiten statt. Die Jugend organisiert die Gemeindefreizeit und wirkt auch bei anderen Freizeiten in ganz Estland mit. Junge Brüder beginnen mit dem Predigtdienst und wollen sich darin weiterentwickeln. Meine Frau Lilia und ich freuen uns, dass gute Predignachfolger heranwachsen. In diesem Jahr plant unsere kleine Gemeinde eine Taufe. Ein junger Mann namens Alexander (22 Jahre) hat den Wunsch geäußert, getauft zu werden ... Die Taufvorbereitungen laufen bereits. Ich führe einen Glaubensgrundkurs durch.

Bitte beten Sie

- > für Alexander, denn seine Eltern sind orthodox und gegen diese Taufe und unsere Gemeinde eingestellt.“
- > um eine weitere positive geistliche Entwicklung Jugendlicher.
- > um gesegnete und bewahrte Sommereinsätze, Freizeiten ...
- > für die Zurüstung neuer Predigtmitarbeiter. Danken Sie mit uns
- > für die „treuen ehrenamtlichen Radio-Mitarbeiter. Viele von ihnen tun seit Jahren ihre Arbeit ganz im Stillen, sie kommen nach Feierabend ins Studio, wenn keiner von uns mehr da ist.“
- > für die Finanzierung der Radioarbeit bis jetzt.

Bitte beten Sie

- > um Gottes Leitung bei der Ausarbeitung der Radiosendungen, dass sie immer wieder den Bedürfnissen der Hörer entsprechen und bei ihnen Glauben wecken und stärken

Indien: Christin von Hindu-Verwandten brutal ermordet

International Christian Concern - Eine Frau in der südlichen Region Chhattisgarh wurde am 24. Juni von fanatischen Hindu-Verwandten nach einem Streit über ihren christlichen Glauben brutal zu Tode gehackt.

Der Vorfall, der die gesamte christliche Gemeinschaft in Chhattisgarh schockierte, ereignete sich im Dorf Toylanka im Distrikt Dantewada des Bundesstaates.

In einer Beschwerde an den Polizeichef des Bezirks behaupteten die Verwandten der Verstorbenen, Bindu Sori, dass ihre Familie von anderen Verwandten schikaniert und bedroht worden sei, seit sie vor vier Jahren Christen geworden waren.

In der neuen Beschwerde wird auch behauptet, dass trotz früherer Beschwerden von Soris Familie bei der örtlichen Polizeistation keine Maßnahmen gegen die Belästiger ergriffen wurden.

Die fanatischen Verwandten und andere Dorfbewohner begannen diesmal einen Streit mit Soris Familie über Land und behaupteten, sie hätten keine Rechte an den Feldern, da sie nun Christen seien. Die Verwandten warnten Soris Familie, dass es schlimme Folgen haben würde, wenn sie in der kommenden Monsunzeit auf dem Feld arbeiten würden.

Als die Regenzeit begann, ging die Familie von Sori hinaus, um das Feld zu pflügen und zu säen. Wütend griffen die fanatischen Verwandten sie mit Pfeilen und Äxten an. Der Traktorfahrer und andere konnten fliehen, aber Sori konnte nicht fliehen. Zwei Männer holten sie ein, griffen sie mit Äxten an und töteten sie.

Am Tag vor dem Angriff gab das Christliche Forum von Chhattisgarh eine Pressemitteilung heraus, in der es an den Gouverneur von Chhattisgarh appellierte, gegen die Gewalt gegen religiöse Minderheiten vorzugehen.

Der Präsident des Forums, Arun Pannalal, erklärte, dass die Behörden nun religiöse Fanatiker unterstützen, die in ganz Chhattisgarh auf verfassungswidrige Weise Kirchen schließen.

Nebenbei erwähnte Pannalal in der Pressemitteilung auch, dass christliche Landwirte ihr Land nicht bewirtschaften dürfen, während er auf zahlreiche Gräueltaten gegen Christen hinwies.

Im Bezirk Dhamtari habe es in den letzten zwei Wochen 27 schwere Angriffe auf Frauen und religiöse Stätten gegeben, so Pannalal weiter. Es wurden fast 2.000 Beschwerdebriefe eingereicht, ohne dass etwas unternommen wurde. Er sagte, die Polizei habe 37 Kirchen im Distrikt Dhamtari geschlossen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Israel: Kaja Kallas soll neue EU-Außenbeauftragte werden

Ablösung in Israel willkommen

(Von Israelnetz vom 28. Juni 2024) Die größte Fraktion im Europaparlament hat die estnische Premierministerin Kaja Kallas zur neuen EU-Außenbeauftragten designiert. Die 47-jährige Kremlkritikerin soll die Nachfolge des Spaniers Josep Borrell antreten. In Bezug auf Israel unterstützt sie eine [Zwei-Staaten-Lösung](#) und mahnt zur Rücksicht auf Zivilisten im Gazastreifen. Gleichzeitig verurteilte sie das Hamas-Massaker vom 7. Oktober deutlich und bekräftigt Israels Recht auf Selbstverteidigung. Israel bewertet die Ablösung des scharfen [Kritikers](#) Borrell als positiv. Er bleibt noch bis zur Parlamentsabstimmung kommenden Monat im Amt. (cs)

Israel: Protest gegen Wehrpflicht

Ultra-orthodoxe Demonstranten greifen Fahrzeuge von Politikern an

(Von Israelnetz/ 1. Juli 2024)

Tausende ultra-orthodoxe Juden haben am Sonntag in Jerusalem gegen eine [Rekrutierung von Haredim](#) protestiert. Sie gehören der extremen „Jerusalem-Fraktion“ an. Demonstranten griffen die Fahrzeuge zweier ultra-orthodoxer Politiker an: des Wohnungsbauministers Jizchak Goldknopf und des früheren Gesundheitsministers [Ja'akov Lizman](#). Sie sind wütend auf die ultra-orthodoxen Regierungsparteien, weil diese einem Wiederaufgreifen eines Gesetzesvorschlages zugestimmt haben. Er stammt aus einer früheren Legislaturperiode und würde die geforderte Zahl der ultra-orthodoxen Wehrdienstleistenden erhöhen. (eh)

Kolumbien: «Meine Frau wurde entführt!»

Guerillas entführten in Kolumbien die Ehefrau von Pastor Marlon*. Er erzählt unter Tränen:

(HMK-CH) «Wir leben in einer Region, in der es viele bewaffnete Guerillas gibt. Ihre Angehörigen leben mitten unter uns. Die Zeiten haben sich geändert – und das macht uns Sorgen. Wir können uns nicht mehr abends zum Gottesdienst treffen, denn der Rückweg im Dunkeln ist gefährlich. Eines Sonntags war meine Frau auf dem Feld, als ein Mann mich anrief. Er sagte, dass meine Frau und mein Sohn bei ihm seien und er Geld brauche. Sonst «wüsste er nicht, was mit ihnen geschehen wird». Er gehörte zu einer der kriminellen Banden. Ich geriet in Panik und besorgte so viel Geld, wie ich konnte – doch es war nicht genug. In der Zeit wurde auch noch unser Dorf überschwemmt. Viele verloren ihre Jobs.

Ständig suche ich nach Möglichkeiten, wie ich noch Geld besorgen kann. Die Banden sind gegen uns. Sie haben in unserer Nähe eine Zentrale, von wo aus sie ihre Aktionen planen. Doch ich diene seit 25 Jahren Gott. Ich halte trotz allem Widerstand daran fest: Gott ist mein Befreier. Ich sagte zu meiner Frau, als ich sie sehen durfte: «Die Umstände spielen keine Rolle, wir werden uns nicht von Jesus abwenden, sondern weitermachen.»»

Kolumbianische Christen in kriminellen Milieus haben einen schweren Stand. Sie prangern Ungerechtigkeit an, halten Jugendliche vom Drogenkonsum ab und kooperieren nicht mit den Kriminellen. Das macht sie zu Opfern von Gewalt und Unterdrückung – wie bei Pastor Marlon und seiner Familie. Mittlerweile ist seine Frau wieder freigekommen. Bitte beten Sie für diese Familie!

** Symbolbild, Name von der HMK Redaktion geändert.*

Kuwait: "Wir werden an unserem Glauben festhalten"

Nach Brand in der katholischen Gemeinde in Abbasiya

Mangaf (Fides) - "Wir werden an unserem Glauben festhalten, trotz aller täglichen Schwierigkeiten und Nöte. Wir werden auch in schwierigen Momenten niemals aufgeben. Unser katholischer Glaube wird ein Instrument sein, das uns gegen alle Widrigkeiten stärken wird", bekräftigt Pater Johnny Lonis (ofmCap), Pfarrer der Gemeinde des heiligen Daniel Comboni in Abbasiya, gegenüber Fides, nachdem ein schweres Feuer in einem Wohnhaus im südlichen Bezirk Mangaf ausgebrochen war. Nach Angaben der örtlichen Behörden starben etwa fünfzig Menschen durch den Rauch, der von den Flammen ausging, und mehrere wurden verletzt.

"Bei den Opfern handelt es sich ausschließlich um Wanderarbeiter, die in dem niedergebrannten Gebäude wohnten", so der Bericht von Pater Lonis weiter. Die Behörden haben sofort Maßnahmen ergriffen und strenge Kontrollen der Brandschutz- und Bauvorschriften durchgeführt, so dass unsere Pfarrei des heiligen Daniele Comboni vorübergehend geschlossen werden musste.

"Bis zum Ausbruch des Feuers konnten wir unsere Gottesdienste und Versammlungen in den Kellerräumen unter einigen Wohnhäusern abhalten, die uns dank der Großzügigkeit der örtlichen Behörden zur Verfügung gestellt wurden. Jetzt mussten wir schließen und der Eigentümer hat uns aus Sicherheitsgründen gebeten, alle sakralen Gegenstände aus dem Gebäude zu entfernen. Im Moment haben wir keinen Ort mehr, an dem wir die Heilige Messe feiern können, aber wir sind zuversichtlich, auch dank der Nähe unseres Bischofs Aldo Berardi (osst), des Apostolischen Vikars von Nordarabien, mit dem wir gebetet haben, als er zu uns kam, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen", so der Ordensmann.

"Während wir auf die Wiedereröffnung warten, besuchen wir weiterhin die Familien und beten gemeinsam mit ihnen, wo immer wir können", schließt der Pfarrer der Gemeinde des heiligen Daniele Comboni. „Unsere Gemeindemitglieder müssen auf Gottesdienste verzichten, und das haben wir leider auch nach der Corona-Pandemie erlebt, aber wir geben nicht auf, denn wir vertrauen voll und ganz auf die Ressourcen, die der Herr uns zur Verfügung stellen wird."

Um die Wiederaufnahme der Versammlungen zu erleichtern, hat der Eigentümer der Kellerräume mit Bischof Berardi eine Vereinbarung getroffen, die einige neue Sicherheitsbedingungen festlegt. "In Kürze ist ein Treffen mit den lokalen Behörden geplant, um eine langfristige Lösung für die vielen Christen in der Gegend zu finden", so der Apostolische Vikar von Nordarabien, zu dem auch die Pfarrei des heiligen Daniele Comboni gehört, gegenüber der Fides.

(AP) (Fides 2/7/2024)

Laos: Sechs Christen bei Gebetstreffen verhaftet

International Christian Concern - Die Behörden verhafteten kürzlich einen Pastor und fünf Christen während einer Gebetsversammlung im Dorf Tahae in der Provinz Khammouane.

Der Dorfvorsteher und Sicherheitsbeamte nahmen die Verhaftungen am 22. Juni im Haus von Pastor Mum vor. Die Festgenommenen im Alter von 23 bis 50 Jahren wurden im Bezirksgefängnis Xaibouathong inhaftiert. Menschenrechtsgruppen haben erklärt, dass der Dorfchef die Gläubigen im Rahmen seiner Bemühungen verhaftet hat, gegen die Verbreitung des Christentums in seinem Dorf vorzugehen.

Seit 2019 haben sich etwa 40 bis 50 Christen im Haus von Mum zu Gebet, Gottesdienst und Gemeinschaft getroffen. Der vorherige Dorfvorsteher war angeblich toleranter gegenüber den in der Gegend lebenden Christen, aber die Wahl des aktuellen Dorfvorstehers, Lang, hat zu mehr Schikanen gegenüber Christen geführt.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Laos: Sechs Christen verhaftet

Ausführlicher Bericht

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/04.07.24 - Dorfbeamte in Zentrallaos haben am Samstag (22. Juni) einen Pastor und fünf weitere Christen verhaftet, als sie beteten, wie eine Menschenrechtsorganisation mitteilte ([wir berichteten](#)).

Die Behörden des Dorfes Tahae verhafteten den Kirchenleiter, der nur als Pastor Mum identifiziert wurde, und die anderen Christen im Dorf Tahae im Bezirk Xaibouathong in der Provinz Khammouane, so Sirikoon Prasertsee, Direktorin von Human Rights Watcher for Lao Religious Freedom (HRWLRF).

"Die Verhaftungen fanden am Samstag im Haus von Mum statt, als sie sich zum Gebet trafen, um den Gottesdienst am Sonntagmorgen vorzubereiten", sagte Prasertsee. "Sie sind derzeit im Gefängnis des Bezirks Xaibouathong inhaftiert".

Sie identifizierte die anderen fünf laotischen Christen als Liang, einen 40-jährigen Mann; Pa, einen 24-jährigen Mann; Laen, eine 50-jährige Frau; Lan, eine 23-jährige Frau; und Khoon, eine 28-jährige Frau.

Nachdem Pastor Mum 2019 zum Glauben an Christus gefunden hatte, nachdem er Gottes Heilung erfahren hatte, gründete er eine Gemeinde, die in seinem Haus ungehindert Gottesdienste abhielt, bis ein neuer Dorfvorsteher, der nur als Lang identifiziert wurde, im Mai sein Amt antrat, sagte sie.

"Andere im Dorf Tahae und in den umliegenden Dörfern haben ebenfalls von ihrem Recht auf Religionsfreiheit Gebrauch gemacht und den christlichen Glauben angenommen", sagte Prasertsee. "Das harte Durchgreifen gegen die christliche Freiheit und die christlichen Praktiken führte zur Verhaftung von Herrn Mum und fünf laotischen Gläubigen."

Der Dorfvorsteher Lang nahm die Verhaftungen zusammen mit dem stellvertretenden Dorfvorsteher Khampune, dem stellvertretenden Dorfvorsteher Ang und drei Sicherheitsbeamten, die nur als Bounma, Jit und Kam identifiziert wurden, vor.

Artikel 30 der laotischen Verfassung erkennt das Recht und die Freiheit der laotischen Bürger an, "an eine Religion zu glauben oder nicht zu glauben", sagte Prasertsee.

Der am 26. Juni veröffentlichte Bericht 2023 des US-Außenministeriums über die internationale Religionsfreiheit stellt fest, dass religiöse Führer in Laos behaupteten, dass die Behörden in städtischen Gebieten und in einigen Bezirken zwar ein gutes Verständnis für die Gesetze zur Regelung religiöser Aktivitäten hätten, dass aber in ländlichen Gebieten weiterhin unzulässige Einschränkungen der Religionsfreiheit vorherrschten.

"Es gab weiterhin Berichte über lokale Behörden, insbesondere in abgelegenen Dörfern, die Anhänger religiöser Minderheiten, insbesondere Christen, diskriminierten und manchmal auswiesen, weil sie sich weigerten, ihrem Glauben abzuschwören", heißt es in dem Bericht.

Laut dem Bericht des Außenministeriums haben die lokalen Behörden 79 christliche Familien aus den Bezirken Xaybuathong, Yommalath und Bualapha in der Provinz Khammouane dazu gedrängt, Dokumente zu unterschreiben, in denen sie ihrem Glauben abschwören, so die Leiter der Evangelischen Kirche in Laos.

Im Oktober zwangen Beamte des Bezirks Sa Mouay Berichten zufolge acht oder mehr Familien aus drei Dörfern und zerstörten ihre Häuser, nachdem sie zum Christentum übergetreten waren, heißt es in dem Bericht.

"Im September und Oktober zerstörten lokale Beamte in ländlichen Gebieten des Bezirks Sa Mouay in der Provinz Salavan Berichten zufolge die Häuser von christlichen Konvertiten in vier Dörfern und zwangen die Familien, diese zu verlassen", heißt es in dem Bericht. "Quellen zufolge boten die Beamten einigen der Familien Land für den Wiederaufbau ihrer Häuser in einem Dorf an, ohne jedoch eine andere Entschädigung zu zahlen."

Von den 7,9 Millionen Einwohnern von Laos sind laut der Volkszählung von 2015 64,7 Prozent Buddhisten, 1,7 Prozent Christen und 31,4 Prozent geben an, "keiner Religion" anzugehören (eine Kategorie, die diejenigen mit animistischem Glauben umfasst, die nicht in andere Kategorien passen). Die restlichen 2,2 Prozent gehörten anderen religiösen Gruppen an oder machten keine Angaben, so der Bericht des Außenministeriums.

<https://morningstarnews.org/2024/06/pastor-five-other-christians-arrested-in-laos/>

Nepal: Hindu-Extremisten überfallen Gottesdienst

(IDEA) In der südnepalesischen Provinz Madhesh haben Hindu-Extremisten einen Gottesdienst überfallen. Das berichtet das überkonfessionelle Hilfswerk Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main). Die 40 bis 50 Personen umfassende Gruppe habe den Pastor der rund 70 Mitglieder zählenden Gemeinde (Name aus Sicherheitsgründen nicht genannt) tötlich angegriffen und ihm vorgeworfen, Menschen zum Christentum zu bekehren.

Außerdem warfen sie dem Geistlichen vor, die Dorfbewohner einer Gehirnwäsche zu unterziehen – zuvor habe es dort nämlich keine Christen gegeben, so die Angreifer. Gegenüber Open Doors berichtete der Geistliche: „Ich wies ihre Anschuldigungen zurück und erwiderte, dass ich nur vom Evangelium erzählt habe.“ Daraufhin sei er geschlagen und getreten worden.

Die Angreifer hätten außerdem der 66-jährigen Mutter des Pastoren einen Zahn ausgeschlagen. Erst die Polizei habe den Tumult beruhigen können. Die Beamten nahmen die Angreifer mit zur Wache und forderten sie auf, die zuvor entwendeten Bibeln zurückzugeben.

Laut Open Doors baten die Christen vier Tage nach dem Vorfall in einem Brief an die lokalen Behörden, die Angreifer zur Rechenschaft zu ziehen und die Sicherheit der Gemeinde zu gewährleisten. Die Behörden hätten jedoch zurückhaltend reagiert und darauf hingewiesen, dass die Situation derzeit schwierig sei. Sie baten Pastor Mohan, die Gottesdienste für mehrere Monate auszusetzen. Dazu ist er jedoch nicht bereit.

Nach Angaben des Hilfswerks ist die Gemeinde durch den Übergriff verunsichert. Einige Gemeindemitglieder hätten aufgrund anhaltender Drohungen gegen sie und ihren Pastor Angst davor, den Gottesdienst zu besuchen.

Vorfälle häufen sich

Wie eine lokale Partnerin von Open Doors erklärte, verschlechtere sich die Situation der Christen in Nepal derzeit täglich. Hauptursache dafür sei die Verfolgung durch Hindu-Extremisten. Vor allem die an Indien grenzende Provinz Madhesh sei zu einem Brennpunkt der Verfolgung geworden, da sie stark von indischen Hindus beeinflusst werde. Seit Anfang dieses Jahres seien zahlreiche Zwischenfälle gemeldet worden, angefangen von öffentlichen Schikanen über körperliche Angriffe bis hin zu Bibelverbrennungen und Inhaftierungen.

Bis 2006 war der Hinduismus in Nepal Staatsreligion. Laut jetziger Verfassung ist das im Himalaya gelegene Land ein säkularer Staat. Wie in Indien ist aber ein Religionswechsel gesetzlich verboten. Damit soll vor allem eine Abkehr vom Hinduismus verhindert werden. Von den rund 30 Millionen Einwohnern des Landes sind etwa 66 Prozent Hindus, rund 13 Prozent Anhänger von Ethno-Religionen, zwölf Prozent Buddhisten und jeweils vier Prozent Christen und Muslime.

Nicaragua: Neuer Bericht über Religionsfreiheit deckt die Verfolgung von Christen auf

International Christian Concern - Die Kommission der Vereinigten Staaten für internationale Religionsfreiheit (USCIRF) hat heute einen neuen Bericht über die von der nicaraguanischen Regierung begangenen Verletzungen der Religionsfreiheit gegenüber Christen veröffentlicht.

In ihrem Bericht beschreibt die USCIRF die Verfolgung von katholischen und protestantischen Christen in Nicaragua durch das autoritäre Regime.

"Nicaraguas Regierung unterdrückt weiterhin die katholische Kirche wegen ihres Eintretens für die Menschenrechte, indem sie willkürlich Geistliche und Laien verhaftet, inhaftiert und ins Exil schickt und das Eigentum katholischer Wohltätigkeits- und Bildungsorganisationen sperrt und beschlagnahmt", heißt es in der Bewertung. "Während [Präsident] Ortega und [Vizepräsident] Murillo versuchen, ihre Macht zu erhalten, haben die Behörden ähnliche Taktiken angewandt, um protestantische Konfessionen zu unterdrücken".

Dem Bericht zufolge haben Präsident Daniel Ortega und seine Frau, Vizepräsidentin Rosario Murillo, katholische Priester als "Vertreter des Teufels" bezeichnet und die Kirche in negativer Weise mit einer "Mafia" verglichen.

Ortega und Murillo haben ihren Griff auf die sozialistische Nation verschärft, seit 2018 Massenproteste gegen Kürzungen der sozialen Sicherheit ausgebrochen sind. Die Wut der Bürgerinnen und Bürger, die extreme Menschenrechtsverletzungen erdulden mussten, hatte sich seit Jahren angestaut.

Seit den Protesten von 2018 haben die nicaraguanischen Behörden regelmäßig christliche Gemeinschaften ins Visier genommen, da sie als Bedrohung für die Regierungsmacht angesehen werden, weil sie sich gegen Menschenrechtsverletzungen aussprechen.

Autoritäre Gesetze, die von den Machthabern eingeführt wurden, erlauben es dem Land, religiöse Führer willkürlich zu verhaften und wegen falscher Vorwürfe wie Geldwäsche oder Cyberkriminalität anzuklagen. Das Gesetz Nr. 1042 macht beispielsweise die "Verbreitung von Falschnachrichten" zu einem Verbrechen.

Cyberkriminalität war eine der Anklagen, die gegen den katholischen Bischof Rolando Alvarez erhoben wurden. Der Geistliche wurde zu 26 Jahren Gefängnis verurteilt, und ihm wurde 2023 die Staatsbürgerschaft entzogen, weil er "die Menschenrechtsbilanz der Regierung und die Schließung mehrerer katholischer Radiosender" kritisiert hatte. Er wurde schließlich aus dem Gefängnis entlassen und in den Vatikan verbannt, nachdem die nicaraguanische Regierung starken internationalen Druck bekommen hatte, ihn freizulassen.

Im März 2024 wurden 11 protestantische Pastoren, die mit Mountain Gateway, einer evangelikalen christlichen Missionsorganisation, in Verbindung standen, zu Haftstrafen zwischen 12 und 15 Jahren pro Person und einer Geldstrafe von 80 Millionen Dollar verurteilt. Sie wurden unter dem Vorwurf der Geldwäsche angeklagt, und es wird berichtet, dass ihre Anwälte keinen Zugang zu den Akten ihrer Mandanten hatten und die Pastoren während des Gerichtsverfahrens keinen Rechtsbeistand empfangen konnten.

Die anhaltende Verfolgung von Christen in Nicaragua scheint nicht nachzulassen.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Nigeria: Islamische Terroristen drohen mit der Ermordung entführter Geistlicher

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/04.07.24 - Islamische Extremisten im Nordosten Nigerias haben Anfang letzter Woche ein Video veröffentlicht, in dem sie drohen, einen entführten christlichen Pastor zu töten, wenn sie nicht ein hohes Lösegeld erhalten.

Dieselben Terroristen, die im Mai in einem Video die Flagge der Dschihadistengruppe Boko Haram gezeigt hatten, veröffentlichten ein weiteres Video - dessen Veröffentlichungsdatum laut veröffentlichten Berichten zwischen dem 21. und 25. Juni liegt - auf dem Pastor Paul Musa, Pastor der Kirche Christi in den Nationen (COCIN) in Gamboru Ngala im Bundesstaat Borno, zu sehen ist, wie er vor waffenschwingenden Terroristen kniet.

Pastor Musa und seine Frau waren im März 2023 entführt worden.

"Unsere Entführer haben Ihnen, die Sie bereit sind, unsere Freilassung zu erwirken, ein Ultimatum von einer Woche gestellt, damit Sie alles Notwendige tun, um ihre Forderungen zu erfüllen", sagt Pastor Musa auf dem Video in Hausa. "Wenn innerhalb einer Woche nichts geschieht, werden ich und meine Frau getötet. Ich appelliere an Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um uns innerhalb der gesetzten Frist freizubekommen - oder die Nachricht von unserem Tod zu erhalten."

Das 15-sekündige Video zeigt den Pastor in einem orangefarbenen Hemd und kniend, die Hände hinter dem Rücken, während der Terrorist hinter ihm steht. Er sagt in dem Video, dass dies sein letzter Appell an die Regierungsbehörden und die Kirchenführer sei.

Berichte über die Höhe des von der Terrorgruppe geforderten Lösegelds schwanken zwischen 39.180 USD und 130.221 USD. Pfarrer David Ayuba Azzaman vom Kings Worship Centre International in Kaduna sagte dem Medienportal [Truth Nigeria](#), dass Pastor Musas Sohn ihn aus Kamerun informiert habe, dass die Terroristen der Familie und der Kirche des Pastors eine Frist von sieben Tagen ab der Veröffentlichung des Videos am 24. Juni gesetzt hätten, um das Lösegeld zu zahlen, andernfalls würde er getötet.

Die COCIN sammelte Geldmittel und bot sie den Terroristen an, die diese jedoch als unzureichend ablehnten, so Azzaman gegenüber Truth Nigeria.

Der Vorsitzende der Ortsgruppe Borno der Christian Association of Nigeria (CAN), Pastor John Bakeni, sagte dem Medienunternehmen, dass bereits mehrere Videos erschienen seien, die Pastor Musa zeigten, und dass sich die CAN um die Freilassung verschiedener christlicher Gefangener, darunter auch Pastor Musa, bemüht habe.

Entführter Priester

Im nordwestlichen Bundesstaat Zamfara rief ein katholischer Priester in einem Video um sein Leben, nachdem er am 22. Juni aus der katholischen Kirche St. Raymond im Bezirk Damba der Stadt Gusau entführt worden war.

In dem 51-sekündigen Video, das von ungenannten Terroristen an die katholische Diözese Sokoto geschickt wurde, bittet Pfarrer Micah Suleiman um die Zahlung von Lösegeld, andernfalls werde er getötet.

"Brüder, hier ist meine Bitte, bitte helft mir, mich aus der Gefangenschaft zu befreien. Hier halten meine Entführer die Entführten nicht länger als eine Woche fest", sagt Suleiman in dem Video. "Sie haben mir gesagt, dass Töten ihr Hobby ist und dass sie nicht zögern werden, mich zu töten. Dass ich noch lebe, sagen sie, liegt daran, dass sie beschlossen haben, mir die Chance zu geben, mit meinen Leuten zu reden, um das Lösegeld zu zahlen, das sie für meine Freilassung fordern. Ich flehe Sie im Namen Gottes an, helfen Sie, mich hier herauszuholen. Sehen Sie mich doch an. Sehen Sie sich meine Beine an, ich bin gefesselt und geschlagen worden, meine Beine sind angekettet. Hier bin ich allein, denn es sind keine anderen Gefangenen bei mir. Bitte, im Namen Gottes, helft mir."

Pfarrer Nuhu Iliya, Kanzler der katholischen Diözese von Sokoto, gab seine Entführung bekannt und bat um Gebet, ebenso wie Pfarrer Emmanuel Anyanwu, ebenfalls ein katholischer Priester.

"Liebe Freunde und geliebte Familie in Christus, ich bin Pater Emmanuel Anyanwu, und ich bitte Sie unter Tränen um Gebete und Unterstützung für meinen lieben Freund und Priesterbruder Pater Micah Suleiman, der unter der Gefangenschaft islamischer Extremisten leidet", sagte Anyanwu. "Sein einziges Vergehen war es, Christ und katholischer Priester zu sein".

Der Sprecher des Polizeikommandos des Bundesstaates Zamfara, Yazid Abubakar, bestätigte die Entführung des Priesters.

4.118 Menschen wurden zwischen dem 1. Oktober 2022 und dem 30. September 2023 wegen ihres Glaubens getötet, so der Bericht der World Watch List (WWL) 2024 von Open Doors. In Nigeria wurden auch mehr Christen entführt als in jedem anderen Land, nämlich 3.300.

<https://morningstarnews.org/2024/07/islamic-terrorists-threaten-to-kill-kidnapped-clergymen-in-nigeria/>

Nigeria: Selbstmordattentate in Gwoza

Handelt es sich um Rivalität der Dschihadisten um die Kontrolle des Gebiets?

Abuja (Fides) - Die Zahl der Opfer des Vierfachanschlags, der am 29. Juni in Gwoza im Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias verübt wurde, ist auf 32 gestiegen.

Einige der etwa 50 Verwundeten starben im Krankenhaus, wo sie wegen schwerer Verletzungen behandelt wurden. Vier Frauen verübten die vier Selbstmordanschläge. Die erste, die von einem Kind begleitet wurde, sprengte sich bei einer Hochzeitsfeier in die Luft. Eine zweite Selbstmordattentäterin sprengte sich an einem Kontrollpunkt in die Luft, als sie von den Militärs zu einer Kontrolle angehalten wurde. Anschließend ereignete sich eine dritte Explosion in einem Krankenhaus, die ebenfalls von einem Selbstmordattentäter verursacht wurde. Schließlich sprengte sich eine vierte Selbstmordattentäterin beim muslimischen Trauergebet für die Opfer des ersten Anschlags in die Luft.

Nach Angaben der Polizei wurden weitere Anschläge in der 300.000-Einwohner-Stadt, die 2014 von Boko Haram besetzt und 2015 vom nigerianischen Militär mit Hilfe des tschadischen Militärs zurückerobert worden war, verhindert.

Zu den Anschlägen hat sich bislang niemand bekannt, doch die Ermittler vermuten, dass sie von einer der beiden Hauptgruppen verübt wurden, in die sich Boko Haram aufgespalten hat, nämlich von der einen, der „Jama'tu Ahlis Sunna Lidda'awati wal-Jihad“ (JAS). Die andere Gruppe, die Provinz Islamischer Staat Westafrika (ISWAP), hat sich dem Islamischen Staat angeschlossen und wurde zur "Provinz Westafrika".

Die beiden rivalisierenden Formationen kämpfen seit dem Tod des JAS-Führers Abubakar Shekau im Jahr 2021 um die Kontrolle über weite Gebiete im Nordosten Nigerias. Shekau beging Selbstmord, um nicht in die Hände der rivalisierenden Gruppe zu fallen, die sein Versteck umstellt hatten.

Die JAS ist zwischen den Inseln des Tschadsees (an dessen Ufern Nigeria, Tschad und Kamerun liegen) und den Mandara-Bergen aktiv. Die beiden Gruppierungen haben sich erbittert bekämpft und beide haben bei Zusammenstößen zwischen den Dschihadisten mehrere Männer verloren. Die beiden Gruppen haben eine unterschiedliche Haltung gegenüber der muslimischen Zivilbevölkerung, die die Mehrheit der Bevölkerung in dem Gebiet ausmacht. Während die JAS alle Zivilisten als zu plündernde Beute betrachtet, behandelt die ISWAP Muslime anders als Nicht-Muslime. Sie hat versucht, die Beziehungen zur muslimischen Zivilbevölkerung zu verbessern, indem sie sie besteuert und ihre eigene Version von Recht und Ordnung schafft, anstatt sie auszurauben, wie es die JAS tut.

Die JAS, die viel weniger bürokratisiert ist als die andere, neigt dazu, ihren militärischen Befehlshabern weitgehende Autonomie zu gewähren. So könnten die Angriffe vom 29. Juni von einer lokalen Gruppierung oder von der JAS-Führung, die ihre Hochburg nicht weit von Gwoza hat, geplant worden sein.

(L.M.) (Fides 2/7/2024)

Nigeria: Von Terroristen entführter Geistlicher bittet um Hilfe inmitten einer Flut von Entführungen

IIRF-D/BA/Tübingen/04.07.24 - Ein Pfarrer im nigerianischen Bundesstaat Zamfara ist das jüngste Opfer einer Entführung durch bewaffnete Kämpfer ([wir berichteten](#)).

Bewaffnete Männer stürmten am 22. Juni gegen 3 Uhr morgens das Haus von Mikah Suleiman in der Stadt Gusau. Seine Entführer veröffentlichten anschließend ein Video, in dem er dringend um Hilfe bittet.

Diese Entführung ist einer von mindestens [drei Vorfällen dieser Art](#), die sich im Juni ereignet haben.

Zwei weitere Kirchenführer wurden in den letzten Wochen entführt. Gabriel Ukeh wurde am Sonntag, den 9. Juni, aus seinem Haus in Zaman Dabo im Bundesstaat Kaduna im Mittleren Gürtel Nigerias entführt. Er wurde am folgenden Tag freigelassen.

Christian Ike wurde am Sonntag, den 16. Juni, nach einem Gottesdienst in Ajalli, Orumba North Local Government Area im Bundesstaat Anambra im Süden Nigerias entführt. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts befindet er sich immer noch in der Hand seiner Entführer.

Diese Entführungen fanden statt, während [Pastor Paul Musa](#) und seine Frau Ruth nach ihrer Entführung durch die islamistischen Terroristen von Boko Haram im Bundesstaat Borno im Nordosten des Landes weiterhin in Gefangenschaft sind.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/nigerian-church-minister-abducted-by-terrorists-pleads-for-help-amid-spa/>

Pakistan: Anti-Terror-Gericht verurteilt Christen zum Tode

Fast ein Jahr nach dem Pogrom gegen Christen in Jaranwala-trifft die erste Verurteilung einen Christen

Christen wird schmerzlich bewusst gemacht, dass sie in Pakistan Menschen zweiter Klasse sind

IIRF-D/ICC/Tübingen/04/07/2024 - Ein Anti-Terror-Gericht in Sahiwal, Pakistan, hat am Montag einen Christen wegen seiner angeblichen Rolle bei der Anstiftung zu den Unruhen von Jaranwala im August 2023 ([wir berichteten](#)) zum Tode verurteilt ([wir berichteten](#)).

Die Behörden verhafteten Ehsan Shan drei Tage, nachdem Tausende von Muslimen mehr als 200 Häuser und zwei Dutzend Kirchen in der christlichen Gemeinde Jaranwala angezündet hatten. Die Unruhen begannen, nachdem Anwohner behauptet hatten, sie hätten zwei christliche Männer dabei beobachtet, wie sie Seiten aus einem Koran entweihen. Obwohl Shan nicht an der mutmaßlichen Blasphemie beteiligt war, befand das Gericht ihn für schuldig, "hasserfüllte Inhalte", die den Islam lästerten, in sozialen Medien verbreitet zu haben. Er hatte angeblich Aufnahmen des geschändeten islamischen Textes auf TikTok gepostet.

Nach der Urteilsverkündung verurteilte Richter Ziaullah Khan Shan außerdem zu 22 Jahren Gefängnis und einer Geldstrafe von 1 Million pakistanischen Rupien. Shans Anwalt, Khurram Shahzad, sagte, er werde gegen das Urteil Berufung einlegen.

"So sieht Gerechtigkeit in Pakistan aus", sagte ein ICC-Mitarbeiter. Radikale Muslime brennen Dutzende von Häusern und Kirchen nieder, und die einzige "Gerechtigkeit", die ihnen zuteil wird, besteht darin, die Christen, die dagegen protestierten, zum Tode zu verurteilen. Das Blasphemiegesetz schützt nicht islamische Ideale, es tötet Christen".

Die Behörden des Punjab erklärten im Jahr 2023, sie hätten fast 130 Verdächtige wegen ihrer Rolle bei den Angriffen auf die christliche Gemeinschaft festgenommen. Nach Angaben von Akmal Bhatti, dem Vorsitzenden der Minderheitenallianz, wurden die meisten der Festgenommenen entlassen oder gegen Kautions freigelassen. Nur ein Dutzend Verdächtige müssen sich vor Gericht verantworten, fügte Bhatti hinzu.

Anfang dieses Jahres wurden die beiden christlichen Brüder, die wegen Schändung des Korans angeklagt waren, freigesprochen. Ein Gericht in Faisalabad stellte fest, dass sie aufgrund eines persönlichen Streits verleumdet worden waren.

Am Dienstag demonstrierten Pakistaner, darunter mehrere Christen, in Karachi gegen das Todesurteil gegen Shan.

Die pakistanischen Anti-Blasphemie-Gesetze, die oft als Waffe gegen Christen eingesetzt werden, verbieten die Schändung des Korans. Diejenigen, die gegen diese Gesetze verstoßen, werden oft getötet.

Die ICC unterstützt weiterhin die Opfer der Jaranwala-Unruhen. Wir reagierten zunächst mit Nahrungsmittelhilfe und ersetzten verlorene Haushaltsgegenstände. In Zusammenarbeit mit lokalen Partnern boten wir Traumatraining an und halfen beim Wiederaufbau der Gemeinden. Heute helfen wir denjenigen, die ihre Einkommensquelle verloren haben, durch die Bereitstellung von Rikschas, Vieh und Handelsausrüstung bei der Wiederherstellung ihrer Lebensgrundlage.

<https://www.persecution.org/2024/07/02/court-sentences-christian-man-to-death-a-year-after-jaranwala-riots/>



Pakistan: Gefangener des Monats Juli 2024

Wegen angeblicher Blasphemie christlicher Schüler eingesperrt

Zum „Gefangenen des Monats Juli 2024“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den pakistanischen Christen Simon Nadeem benannt. Sie rufen dazu auf, sich für den 14-Jährigen einzusetzen. Der Teenager besuchte bis zum vorigen Jahr eine staatliche High School und wurde am 18. Mai 2023 zusammen mit seinem 18-jährigen Nachbarn Adil Babar, der später gegen Kaution freikam, wegen angeblicher Blasphemie festgenommen. Die Beiden spielten in einer Straße ihres Viertels Qurban Lines in Lahore, der Provinzhauptstadt von Punjab. Ein Polizist kam des Weges und schlug plötzlich auf die zwei Teenager ein.

Er versuchte, Passanten gegen die zwei Christen aufzustacheln. Der Befragte rechtfertigte den Übergriff als Reaktion darauf, dass die Jungen respektlos über den islamischen Propheten Mohammed gesprochen und sich darüber amüsiert hätten, wollte aber auf Nachfrage nichts Konkretes äußern. Der Polizist erstattete später Anzeige, in der er behauptete, Simon und Adil hätten ein kleines Hündchen Mohammed genannt und sich darüber lustig gemacht. Nadeem wendet sich zusammen mit seiner Verteidigung gegen die Vorwürfe. Beide Teenager gaben im Verhör an, sich zu dem Zeitpunkt, als der Polizist sich ihnen näherte, über eine in Pakistan verbreitete Kaupaste gesprochen zu haben.

IGFM und IDEA bitten darum, an den pakistanischen Staatspräsidenten zu appellieren, auf die Freilassung des Inhaftierten hinzuwirken und für dessen Sicherheit zu sorgen.

Musterbrief

Herrn Präsident Asif Ali Zardari

c/o Botschaft der Islamischen Republik Pakistan

Schaperstraße 29

10719 Berlin

Exzellenz,

ich wende mich heute wegen des minderjährigen Schülers Simon Nadeem aus Pakistan an Sie. Der Teenager wurde am 18. Mai 2023 zusammen mit seinem 18-jährigen Nachbarn Adil Babar, der später gegen Kaution freikam, wegen angeblicher Blasphemie festgenommen. Die Beiden spielten in einer Straße ihres Viertels Qurban Lines in Lahore. Ein Polizist kam hinzu, schlug auf die zwei Teenager ein und versuchte zunächst, Passanten gegen die beiden Christen aufzustacheln. Der Befragte rechtfertigte den Übergriff mit dem Vorwurf der Blasphemie, jedoch ohne sich konkreter dazu zu äußern. Der Polizist erstattete später Anzeige und behauptete, Simon und Adil hätten den Namen Mohammed verunglimpft, in dem sie einen jungen Hund so genannt hätten. Simon wendet sich zusammen mit seiner Verteidigung gegen die Vorwürfe.

Es gibt Grund zu der Annahme, dass es dem Polizisten mit seiner Anzeige nur vordergründig um die Durchsetzung des Respekts vor dem Islam ging. Vielmehr sollte wohl auch in diesem Fall ein weiteres Mal ein Exempel statuiert werden. Daher bitte ich Sie, alles in Ihrer Macht Stehende zu tun, um auf die Freilassung des Inhaftierten hinzuwirken und für seine Sicherheit sowie die der Angehörigen zu sorgen.

Hochachtungsvoll

Pakistan: Junger Christ seit fünf Jahren in Haft

(IDEA) Am 1. Juli jährt sich die Inhaftierung des jungen Christen Nouman Asghar wegen angeblicher Blasphemie in Pakistan zum fünften Mal. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA hatten den heute 25-Jährigen zum „[Gefangenen des Monats Juli 2023](#)“ benannt und dazu aufgerufen, sich für ihn einzusetzen und für ihn zu beten.

Der junge Mann soll in einem öffentlichen Park um 3.30 Uhr einer Gruppe von neun bis zehn Personen Bilder gezeigt haben, die den islamischen Propheten Mohammed beleidigen. Seine Familie bezeugt jedoch, dass er zu dem Zeitpunkt zu Hause in seinem Bett lag. Trotzdem wurde Asghar am 30. Mai 2023 in der Stadt Bahawalpur (Provinz Punjab) wegen Blasphemie zum Tode verurteilt.

Sein Cousin Sunny Waqas war ebenfalls wegen angeblicher Gotteslästerung bereits am 29. Juni 2019 verhaftet worden. Er kam am 3. Februar 2023 gegen Kaution frei, nachdem sich weltweit Menschen für seine Freilassung eingesetzt hatten.

Noch mindestens vier Jahre in Haft erwartet

Auf Nachfrage von IDEA erklärte Asghars Verteidigerin Aneeqa Anthony (Lahore), dass es ihrem Mandanten seelisch nicht gut gehe. Er sitze mit anderen Häftlingen, denen ebenfalls Blasphemie vorgeworfen wird, in einer Zelle und wolle unbedingt freikommen. „Zu wissen, dass man nichts getan hat und eine Strafe zu erwarten hat, ist noch schwieriger – vor allem, wenn es das Todesurteil ist“, so die Anwältin.

Auch wenn die Todesstrafe seit Einführung der Blasphemiegesetze vor 30 Jahren noch nie vollstreckt wurde, habe Asghar Angst davor. Die Juristin: „Der Radikalismus und Rassismus auf religiöser Basis in Pakistan nimmt gefährlich zu, so dass jeder, der mit Blasphemie zu tun hat, gefährdet ist.“ Daher freue sich ihr Mandant auf seine Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof, wo die Anwältin Berufung eingelegt hat. Allerdings werde das gesamte Verfahren noch etwa vier Jahre dauern.

Mitangeklagter Cousin Sunny Waqas floh aus Pakistan

Wie sie weiter berichtet, war Asghars mitangeklagter Cousin Sunny Waqas nach seiner Freilassung auf Kaution sehr ängstlich. Er habe gewusst, dass das Gericht, das auch seinen Cousin verurteilt habe, ihn niemals freisprechen würde. Um dem Schicksal Asghars zu entkommen, habe er es vorgezogen, sein Land und seine Familie zu verlassen und anderswo Asyl zu suchen. Den Ort wollte die Anwältin aus Sicherheitsgründen nicht nennen.

Angehörige religiöser Minderheiten, etwa Christen, werden überproportional häufig der Gotteslästerung bezichtigt. Von den über 230 Millionen Einwohnern Pakistans sind 96 Prozent Muslime, zwei Prozent Christen und ein Prozent Hindus.

Pakistan: Junger Christ zum Tode verurteilt

Im Zusammenhang mit den Gewaltausbrüchen in Jaranwala

Sahiwal (Fides) - In einer umstrittenen Entscheidung hat das Anti-Terror-Gericht in Sahiwal den jungen Christen **Ehsan Shan** zum Tode verurteilt, weil er angeblich einen blasphemischen Beitrag in den sozialen Medien verbreitet haben soll, der als Ursache für die Gewaltausbrüche in Jaranwala am 16. August 2023 gilt. Das Urteil, das am 1. Juli veröffentlicht wurde, sieht vor, dass der Verurteilte zunächst eine Gefängnisstrafe von insgesamt 22 Jahren verbüßen und eine Geldstrafe von einer Million Rupien zahlen muss.

Ehsan Shan wurde beschuldigt, blasphemische Inhalte auf der Social-Media-Website TikTok geteilt zu haben, die für die Gewalttaten in Jaranwala im August 2023 verantwortlich gemacht wurde. Nach dem Vorwurf der Schändung des Korans zerstörte und zündete ein Mob von Militanten Dutzende von christlichen Häusern und etwa 26 Kirchen im christlichen Viertel der Stadt im Punjab an. Aufgrund von Geheimdienstberichten nahm die Polizei drei Tage nach den Ausschreitungen einige Personen fest, die der Blasphemie beschuldigt wurden. Nach Angaben der Polizei hat der junge Mann die blasphemischen Inhalte nicht selbst verfasst, sondern sie nur weitergegeben, so dass sie im Internet verbreitet wurden. Nach Ansicht von Vertretern der örtlichen christlichen Gemeinschaft ist der junge Mann "nur ein Sündenbock", während diejenigen, die Kirchen und christliche Häuser angegriffen und niedergebrannt haben, ungestraft bleiben. Im vergangenen Februar hatte der Oberste Gerichtshof Pakistans den Bericht der Staatsanwaltschaft über die Massengewalt in Jaranwala zurückgewiesen und ihn als "äußerst mangelhaft" bezeichnet, da ihm relevante Informationen und Einzelheiten über die Verhaftungen fehlten. In einer Anhörung vor dem Obersten Gerichtshof erklärte ein Justizbeamter aus der Provinz Punjab, dass nach 304 Festnahmen nur 22 Beschwerden registriert und nur 18 Anklagen formell erhoben worden seien. Daher ordnete das Gericht an, dass ein neuer Bericht erstellt werden muss.

"Jetzt ist eine schwere Ungerechtigkeit geschehen. Das Urteil gegen Ehsan Shan symbolisiert den virtuellen Tod aller Christen im heutigen Pakistan. Für die Gewalt und die Zerstörung, die in Jaranwala stattgefunden haben, wird nur ein einziger Schuldiger ermittelt, und das ist ein Christ", beklagt die Nichtregierungsorganisation „Centre for Legal Aid, Assistance and Settlement“ (CLAAS) fest.

Der Fall hat die Debatte über das Blasphemiegesetz und seine Auswirkungen neu entfacht und die Aufmerksamkeit erneut auf die dringende Notwendigkeit einer Gesetzesreform gelenkt. Das Gesetz wird häufig missbraucht, wenn es um persönliche Streitigkeiten geht. Es gibt zahlreiche Fälle, in denen Christen, Hindus, Muslime und Ahmadi zu Unrecht beschuldigt und inhaftiert werden, während einfache Anschuldigungen zu Massengewalt und willkürlichen Hinrichtungen führen können. Ein aktueller Fall ist ein Lynchmord in Sargodha (vgl. [AKREF 27/5/2024](#)), wo die Angeklagten gegen Kaution freigelassen wurden. Und in den letzten Tagen tötete ein gewalttätiger Mob einen muslimischen Mann, einen Touristen, der beschuldigt wurde, den Koran in der Bergstadt Madyan im Swat-Distrikt der pakistanischen Provinz Khyber Pakhtunkhwa beleidigt zu haben (vgl. [AKREF 21/6/2024](#)).

„Solche Vorfälle“, so der katholische Anwalt Khalil Tahir Sandhu, Senator und Minister für Menschenrechte in der Provinz Punjab, "unterstreichen die wachsende Tendenz zur Gewalt durch den Mob in Pakistan, der das Gefühl der Unsicherheit in der Gesellschaft verstärkt". Der Missbrauch der Blasphemiegesetze und das Ausbleiben gerichtlicher Maßnahmen", so Sandhu, "untergraben nicht nur das nationale Gefüge Pakistans, sondern haben auch erhebliche internationale Auswirkungen".

(PA) (Fides 2/7/2024)

Pakistan: Nach Gewalt gegen muslimische Ahmadiyya-Gemeinschaft

“Liebe für alle, Hass für niemanden“

Lahore (Fides) - Das Motto der "Ahmadiyya"-Gemeinde gilt auch und vor allem in Zeiten grundloser Gewalt, die aus Hass gegen den Glauben erlitten wird, denn es lautet: "Liebe für alle, Hass für niemanden", sagt der Imam der muslimischen Ahmadiyya-Gemeinschaft in Italien, Ataul Wasih Tariq, gegenüber Fides und berichtet von der dramatischen Situation, in der sich die Gemeinschaft in Pakistan befindet. In dem Land kam es auch während des Eid-al-Adha-Festes zu Gewalt gegen die Ahmadiyya-Gemeinde. Das "Opferfest" ist für die Muslime ein dreitägiges religiöses Fest (2024 vom 15. bis 19. Juni), bei dem die Muslime Verwandte und Freunde besuchen, Geschenke und Glückwünsche austauschen und die kanonische Pilgerfahrt, bekannt als "Hadsch", unternehmen.

Die 1889 im heutigen indischen Punjab, im Grenzgebiet zwischen Indien und Pakistan, von einem muslimischen Mystiker gegründete muslimische Ahmadiyya-Gemeinschaft ist eine Religionsgemeinschaft, die weltweit in mehr als 180 Ländern vertreten ist und etwa 100 Millionen Gläubige hat. Vor allem in Pakistan werden Ahmadis oft wegen Gotteslästerung inhaftiert, misshandelt und getötet, weil sie als Anhänger einer Ketzerei des Islam gelten. Verschiedene Gesetze stufen die Ahmadiyya-Gemeinschaft als "nicht-muslimisch" ein und erlegen ihr Beschränkungen auf.

In Wirklichkeit, so Imam Ataul Wasih Tariq, seien die Ahmadis gläubige Interpreten des Islam, die seinen Grundsätzen treu folgen und sich zu ihren Ursprüngen bekennen, zum Beispiel zu Reinheit, Gewaltlosigkeit und der Förderung von Gerechtigkeit und Rechten.

In den letzten Tagen wurden Mitglieder der religiösen Bewegung von extremistischen Gruppen und Strafverfolgungsbehörden in Pakistan daran gehindert, ihre Rituale und Opfer zu vollziehen, selbst in Privathäusern. Darüber hinaus wurden sieben Ahmadis am Tag vor dem Opferfest im Punjab verhaftet, was eine klare Verletzung ihrer Menschenrechte und der Urteile des Obersten Gerichtshofs von Pakistan darstellt.

Die Ahmadis fordern gemeinsam mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft die pakistanischen Behörden auf, die Einschüchterungen und Angriffe gegen die Ahmadiyya-Gemeinschaft unverzüglich einzustellen und ihr Recht auf Glaubens- und Religionsfreiheit zu schützen.

Das „Ahmadiyya Muslim Foreign Mission Office“ dokumentierte mindestens 36 Fälle von willkürlichen Verhaftungen und Inhaftierungen sowie zahlreiche Fälle von Missbrauch und Gewalt durch die pakistanische Polizei gegen Ahmadis. Es gab auch mehrere Angriffe auf Gebetsstätten der Ahmadis, ohne dass die Behörden in der Lage waren, die Sicherheit der Gemeindeglieder zu gewährleisten.

Ahmadis sind nach wie vor eine Gemeinschaft, die in Pakistan systematisch diskriminiert und ihrer Grundrechte beraubt wird. Sie sind Opfer des missbräuchlichen Gebrauchs des Blasphemiegesetzes, und häufig werden die gegen sie erhobenen Anschuldigungen, die in Beschwerden bei der Polizei festgehalten werden, von Mitgliedern der „Tehreek-e-Labbaik Pakistan“ (TLP) erhoben, einer Partei, die dafür bekannt ist, Hassreden und Gewalt gegen religiöse Minderheiten in Pakistan zu schüren.

Das Ahmadiyya-Büro stellt fest, dass die Schikanen gegen Ahmadis im Jahr 2023 deutlich zugenommen haben und sogar Gebete verboten wurden. Es fordert daher die Behörden auf, "diese fortgesetzte Verletzung der Grundrechte der Ahmadis gemäß der pakistanischen Verfassung zur Kenntnis zu nehmen" und fordert die internationale Gemeinschaft auf, „diese Ungerechtigkeit zu beenden, indem sie den Schutz der Rechte der Ahmadis in Pakistan fordert“.

„Unsere Gemeinschaft“, so Wasih Tariq, "setzt sich seit über hundert Jahren für Frieden und Dialog ein. Wir sind zutiefst davon überzeugt, dass Liebe und gegenseitiges Verständnis die Grundlagen für den Aufbau einer besseren Welt sind, und wir haben diese Überzeugung bei unserem jüngsten Treffen mit Papst Franziskus geteilt, um unsere Verantwortung und Hoffnung für die Zukunft zu stärken. Die Grundsätze und Werte der Liebe, der Toleranz und des Dialogs, die wir immer gefördert haben, finden eine gemeinsame Basis mit den Initiativen und der Offenheit des Heiligen Stuhls gegenüber anderen Glaubensrichtungen, im Geist der universellen Geschwisterlichkeit, die wir trotz des Leids durch die Gewalt, die wir erlitten haben, weiterhin leben und fördern werden“.

(PA) (Fides 29/6/2024)

Russland: Zwei ukrainische Geistliche freigelassen

Sie blieben trotz russischer Besatzung bei ihrer Gemeinde

Kiew (IDEA) – Nach mehr als 19 Monaten in russischer Gefangenschaft sind zwei ukrainische Geistliche wieder in Freiheit. Die griechisch-katholischen Priester Ivan Levytskyi und Bohdan Heleta kamen am 27. Juni im Zuge eines Gefangenenaustauschs frei. Sie wurden laut dem ukrainischen Dienst des Portals Vatican News vom Papstbotschafter in der Ukraine, Erzbischof Visvaldas Kulbokas, in Kiew empfangen. Er dankte Gott „für dieses sehr freudige Ereignis“. Russische Truppen hatten die Priester im November 2022 in der Stadt Berdjansk verhaftet. Sie hatten sich trotz des russischen Angriffs auf die Ukraine entschieden, bei ihrer Gemeinde zu bleiben. Sie hätten den Menschen unter russischer Besatzung „das Licht der Hoffnung“ gebracht, so Vatican News. Nach der Verhaftung seien in ihrer Kirche militärische Gegenstände platziert worden, um sie wegen illegalen Waffenbesitzes anzuklagen. Laut Berichten wurden die beiden Priester gefoltert, um ihnen Geständnisse über Verbrechen abzurufen, die sie nie begangen hatten. Der Kiewer Großerbischof Swjatoslaw Schewtschuk dankte internationalen Organisationen und dem Vatikan für ihre Bemühungen um die Freilassung. Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi schrieb auf der Online-Plattform X: „Trotz aller Schwierigkeiten ist es uns gelungen, zehn weitere unserer Landsleute aus russischer Gefangenschaft zu befreien.“ In der mehrheitlich orthodoxen Ukraine ist etwa jeder zehnte der 38 Millionen Einwohner griechisch-katholisch.

Schweiz: Nationalspieler widmet sein Tor Jesus Christus

Ruben Vargas: Bibellesen und Lobpreislieder haben meinen Glauben gestärkt

Augsburg/Aargau (IDEA) – Der Schweizer Fußballnationalspieler Ruben Vargas hat sich nach dem Sieg gegen Italien bei der Europameisterschaft zum christlichen Glauben bekannt. Der 25-Jährige, der beim Bundesligisten FC Augsburg spielt, hatte im Achtelfinale am 29. Juni das 2:0 geschossen. Gegenüber dem Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) sagte er, wem er sein Tor gewidmet hat: „Das Tor ist für meinen Vater im Himmel und für Jesus Christus.“ Nach dem Treffer hatte sich Vargas wie immer bekreuzigt und einen Gruß gen Himmel gesandt. In einem am 18. Juni veröffentlichten Interview mit der „Aargauer Zeitung“ hatte er berichtet, dass er schon als Kind einiges vom christlichen Glauben gehört, aber nicht viel davon verstanden habe. „So richtig zum Glauben fand ich eigentlich erst in Deutschland, durch einen Mannschaftskameraden bei Augsburg, Felix Uduokhai. „Er hat mich auch ermuntert, einer christlichen Gemeinschaft beizutreten“, so Vargas. Zu den dortigen Aktivitäten sagte er: „Wir lesen in der Bibel oder singen Worship-Songs. Ich habe dadurch meinen Glauben gestärkt – und Kraft gefunden für mein Leben.“ Der Mittelfeldspieler geht nach eigenen Angaben ein- bis zweimal pro Woche in die Kirche. Er nutze auch die Möglichkeit, Online-Gottesdienste zu verfolgen. Der Vater von Vargas kommt aus der Dominikanischen Republik, seine Mutter ist schweizerisch-italienische Doppelbürgerin. Im Viertelfinale trifft die Schweiz am 6. Juli auf England.

Sudan: Humanitäre Lage spitzt sich zu

Kein Frieden in Aussicht

Khartum (Fides) - "Wir setzen diesen Kampf bis zum Sieg fort und ich wiederhole noch einmal, dass wir nicht mit einem Feind verhandeln werden, der uns angreift und unser Land besetzt", betont General Abdel Fattah al-Burhan, Chef der sudanesischen Streitkräfte, zum Ende eines Dialogs im Hinblick auf den dramatischen Bürgerkrieg zwischen der Armee und den „Rapid Support Forces“ (RSF) unter der Führung von Mohamed Hamdan "Hemedti" Dagalo. General Al-Burhan gab diese Erklärung bei einem Besuch der Truppen ab, die einige Gebiete in Wadi Sidna und Omdurman eingenommen haben, die zum Großraum Khartum gehören, der sudanesischen Hauptstadt, die seit mehr als einem Jahr von heftigen Kämpfen zwischen den beiden Konfliktparteien heimgesucht wird.

Der Armeechef bekräftigte, dass er dem internationalen Druck nicht nachgeben werde, sich an den Verhandlungstisch in Dschidda (Saudi-Arabien) zu setzen. "Wir werden nicht an einen Verhandlungstisch gehen, an dem die Vermittler uns an den Ohren ziehen wollen, und wir werden nicht verhandeln, solange der Feind noch unsere Häuser besetzt hält und unseren Reichtum plündert. Wir werden nicht verhandeln, bevor der Feind abzieht, und die Vermittler müssen ihn dazu zwingen, wenn sie wollen, dass wir mit ihm verhandeln."

Trotz der territorialen Eroberungen der Armee in der Region Khartum dringen die Milizionäre der RSF auch in anderen Teilen des Sudan weiter vor. Insbesondere haben die RSF vor kurzem einige Militärstützpunkte in Sennar und West-Kordofan erobert und drängen weiter vor nach El Fasher, der Hauptstadt von Nord-Darfur, die von den Milizionären belagert wird (vgl. Fides 5/5/2024), die sie weiterhin wahllos bombardieren (vgl. Fides 18/6/2024) und dabei unter anderem auch Krankenhäuser treffen. Gestern, am 2. Juli, wurden nach Angaben des Gouverneurs Minni Minawi zwei Krankenhäuser von Artillereschüssen der RSF getroffen. Dies ist der neunte Angriff auf Krankenhäuser in der Stadt seit dem 10. Mai. Die neuen territorialen Eroberungen der RSF haben mindestens 55.000 Menschen zur Flucht aus Sinja, der Hauptstadt von Sennar, veranlasst, was die humanitäre Belastung des Konflikts weiter erhöht. Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden seit Beginn des Krieges im April 2023 mindestens 10 Millionen Sudanesen vertrieben, die oft in von den Konfliktparteien umstrittenen Gebieten gefangen sind, wie im Fall von El Fasher oder wie die etwa 80 Menschen, die seit Juni letzten Jahres in der katholischen Mission in Dar Mariam, im Khartumer Bezirk al-Shajara, auf der Flucht sind. Das Gebiet ist Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen, da es etwa zwei Kilometer vom Stützpunkt der Panzertruppen entfernt ist, die die RSF zu erobern versucht. Die Flüchtlinge sitzen in der Falle, und bisher waren die Versuche, sie in Sicherheit zu bringen, vergeblich, während die Wasser- und Lebensmittelvorräte von Tag zu Tag schwinden.

Die Bischöfe der Katholischen Bischofskonferenz, in der die Bischöfe des Sudan und des Südsudan zusammengeschlossen sind, erklärten am Ende ihres Treffens in Juba Ende Juni: "Das Gefüge der sudanesischen Gesellschaft ist zerrissen, die Menschen sind schockiert, traumatisiert und ungläubig angesichts des Ausmaßes an Gewalt und Hass". Die Erklärung prangerte auch die eigennützigen Interessen an, die den Konflikt auslösten: "Es handelt sich nicht einfach um einen Krieg zwischen zwei Generälen, denn die Armee ist untrennbar mit dem Wirtschaftssektor des Landes verwoben, und sowohl die Armee als auch die RSF verfügen über ein Netzwerk reicher sudanesischer und internationaler Eliten und Kartelle, die von der Kontrolle verschiedener Wirtschaftssektoren profitieren. Tatsächlich kontrollieren die beiden Kriegsparteien jeweils wichtige Sektoren der sudanesischen Wirtschaft und stehen in Verbindung mit externen Sponsoren, die sie weiterhin mit Waffen darunter auch Drohnen versorgen.

(L.M.) (Fides 3/7/2024)

Türkei: Türkischer Flughafen verweigert Auftanken israelischer Maschine

Notlandung in Antalya

(Israelnetz/ 1. Juli 2024)

Mitarbeiter am Flughafen Antalya haben sich am Sonntag geweigert, ein notgelandetes EL-Al-Flugzeug aufzutanken. Die Maschine musste aufgrund eines medizinischen Notfalls an Bord auf dem Weg von Warschau nach Tel Aviv in der Türkei zwischenlanden. Die Passagiere harrten mehrere Stunden aus, ohne das Flugzeug verlassen zu dürfen. Entgegen vorherigen Zusicherungen verweigerte das Flughafenpersonal zunächst das Auftanken. Schließlich entschied sich der Pilot zu diesem Zweck zu einer weiteren Zwischenlandung auf der nahegelegenen Insel Rhodos. Die Türkei steht im Krieg auf der Seite der [Hamas](#). (cs)

Uganda: Pastor in Uganda auf dem Heimweg von der Kirche getötet

IIRF-D/BA/Tübingen/04.07.24 - Der ugandische Pastor Richard Malinga wurde am Abend des 17. Juni auf dem Heimweg von seiner Kirche überfallen und getötet.

Der 36-Jährige hatte mit seinen Gemeindemitgliedern im Distrikt Pallisa [Gebetsstunden](#) abgehalten. Auf dem Heimweg mit dem Motorrad wurde er angegriffen.

Der Pastor erlitt mehrere Kopfverletzungen. Seine Leiche wurde am nächsten Morgen auf der Straße gefunden. Sein Motorrad war gestohlen worden.

Der Angriff wird von der Polizei untersucht. Nach Angaben der Behörden ist dies nicht der erste Vorfall dieser Art: Einige Monate zuvor wurde ein Lehrer bei einem [ähnlichen Überfall](#) getötet.

<https://www.barnabasaid.org/de/news/pastor-killed-in-uganda-on-way-home-from-church/>

Uganda: Phänomen des Menschenhandels

Für den Schutz der Würde und des Lebens: Diözese Kasese macht auf das Phänomen des Menschenhandels aufmerksam

Kasese (Fides) - Jedes menschliche Wesen ist kostbar und weit mehr wert als jedes materielle Gut, und da jedes Leben ein Geschenk Gottes und heilig ist, verdient es, geschützt zu werden; jeder von uns hat die Verantwortung, gegen die Verletzung und Entwürdigung unserer Brüder und Schwestern zu kämpfen. Auf der Grundlage dieser Prinzipien der katholischen Soziallehre betreiben die in der Vereinigung der Ordensleute in Uganda (Association of religious in Uganda, ARU) zusammengeschlossenen Ordensschwestern mehrere Netzwerke, darunter das Netzwerk gegen den Menschenhandel, das von den Schwestern vom Heiligen Kreuz geleitet wird, die ihrerseits mehrere Ausschüsse in allen 19 Diözesen des afrikanischen Landes gebildet haben.

In der Diözese Kasese wurde am 23. Juni eine Kampagne gestartet, die ein großes Publikum begeisterte, das durch „Omukekera“, eine Live-Show gegen den Menschenhandel, angezogen wurde, die von den Mitarbeitern des lokalen Radiosenders „Kasese Guide Radio“ in Zusammenarbeit mit dem Komitee gegen Menschenhandel veranstaltet wurde. Bei der Eröffnung der Kampagne forderte Schwester Semerita Mbambu die jungen Opfer auf, in ihrem Heimatland qualifizierte Fortbildungskurse zu besuchen, um sich selbst versorgen zu können, anstatt ins Ausland zu gehen und dort ausgebeutet zu werden.

Wie Untersuchungen zu diesem Phänomen zeigen, wandern Männer und Frauen aus Uganda, Sri Lanka, Bangladesch, Indonesien, Äthiopien, Eritrea, dem Sudan, Pakistan und den Philippinen hauptsächlich in die Vereinigten Arabischen Emirate und die arabischen Staaten am Persischen Golf aus, wo sie als Hausangestellte arbeiten. Leider sind sie dort oft mit unmenschlichen Bedingungen konfrontiert: überlange Arbeitszeiten ohne Bezahlung, illegale Einbehaltung von Pässen, Einschränkung der Bewegungsfreiheit, Nichtzahlung des Lohns und körperliche oder sexuelle Misshandlung durch ihre eigenen Arbeitgeber.

Bereits im März 2014 rief Papst Franziskus gemeinsam mit dem anglikanischen Erzbischof Justin Welby das „Interfaith Global Freedom Network“ zur Bekämpfung des Menschenhandels ins Leben sowie die „Santa Marta Group“, eine internationales Bündnis aus hochrangigen Vertretern der Strafverfolgungsbehörden und der katholischen Kirche, die mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet, um diesem Verbrechen ein Ende zu setzen. Der Papst rief auch die Initiative „#End Slavery“ ins Leben, um zu erörtern, wie der Menschenhandel beseitigt werden kann.

Auf dem afrikanischen Kontinent ist der Menschenhandel weit verbreitet und findet auf internationaler, regionaler und sehr oft auch nationaler Ebene statt. Nach Angaben des Büros der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNDCP) wurden Opfer des Menschenhandels aus Ländern südlich der Sahara in 69 Ländern registriert, hauptsächlich in den MENA-Ländern (Naher Osten und Nordafrika) sowie in Süd- und Westeuropa. Bei den Erwachsenen handelt es sich fast ausschließlich um Frauen, vor allem aus Nigeria und Uganda.

Die 1989 vom damaligen Papst Johannes Paul II. errichtete Diözese Kasese liegt in der westlichen Region Ugandas.
(AP) (Fides 4/7/2024)

Uganda: Zwei Evangelisten verprügelt

IIRF-D/MorningStarNews/Tübingen/04.07.24 - Zwei Christen waren am 28. Mai auf dem Weg, in der Stadt Iganga im Osten Ugandas Christus zu predigen, als sie eine falsche Abzweigung nahmen.

Tenywa Herbert, 34, und der 30-jährige Mukisa Siraji hatten in anderen Gemeinden mehrere Muslime zu Christus geführt, darunter auch einige ländliche Imame oder Moscheeleiter. Sie beschlossen, das Evangelium an dem Ort zu verkünden, an dem sie irrtümlich an der Straße von Iganga nach Kaliro angekommen waren, und begannen gegen 18 Uhr mit einem Straßeneinsatz, bei dem sie sowohl aus dem Koran als auch aus der Bibel lasen, so Siraji.

"Wir landeten inmitten einiger wütender Muslime, die Jagd auf mich machten", sagte Siraji gegenüber Morning Star News. "Bevor wir unsere Botschaft beendet hatten, befahl ein Scheich namens Jaber, der Imam einer der Moscheen in Kaliro, der einen langen Bart hatte, anderen Muslimen, uns zu schlagen und *Jannah* (das Paradies) zu bekommen. Wir wurden gepackt und öffentlich ausgepeitscht, bis mein Bein mit einem Hammer geschlagen wurde und zerschmettert war."

Nachdem sie geschlagen worden waren, zwangen die Angreifer sie in ihr Fahrzeug und fuhren sie in das Dorf Buseyi.

"Sie warfen uns durch das Dorf Buseyi, wo ein guter Samariter uns fand und ins Krankenhaus von Iganga brachte", sagte Siraji. "Er kontaktierte die Leute in unserer Heimat, und die Pastoren und andere Christen kamen und brachten uns zu einem Spezialisten in Kumi, wo wir jetzt behandelt werden."

Die Angreifer rissen ihre Bibeln und Traktate in Stücke und zerstörten sie, fügte er hinzu.

Der Angriff war der jüngste von [vielen](#) Fällen der Verfolgung von Christen in Uganda, die Morning Star News dokumentiert hat.

Ugandas Verfassung und andere Gesetze sehen Religionsfreiheit vor, einschließlich des Rechts, den eigenen Glauben zu verbreiten und von einem Glauben zum anderen zu konvertieren. Muslime machen nicht mehr als 12 Prozent der ugandischen Bevölkerung aus. Sie wohnen vor allem in den östlichen Gebieten des Landes.

<https://morningstarnews.org/2024/07/two-evangelists-severely-beaten-in-eastern-uganda/>

USA: Juden bedrängt

Mehrere anti-israelische Vorfälle in den USA

(Von Israelnetz /2. Juli 2024) In den USA ist es vergangene Woche mehrfach zu antisemitischen Vorfällen gekommen. In einer Schule in New York wurde eine jüdische Familie auf der Abschlussfeier ihres Sohnes von einer arabischen Familie attackiert. Ein weiterer Vorfall ereignete sich bei einer öffentlichen Veranstaltung in einer Bibliothek in North Carolina: Pro-israelische Teilnehmer wurden dort von anti-israelischen Aktivisten angegriffen und hinausgezerrt. Pro-Hamas-Demonstranten schikanierten zudem Juden in den Straßen Chicagos und randalierten vor den Häusern jüdischer Politiker. (sbo)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]